

# Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentl. drei Mal,  
Dienstag, Donnerstag und  
Samstag. Bestellungen  
nehmen alle Buchhandlungen  
u. Postanstalten an. Preimum.:

Herausgegeben

von

Dr. Hase, J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Preis für Halle 7½ Sgr.  
für's Vierteljahr; bei den  
Postanstalten und im Buch-  
handel 10 Sgr.

Neue Folge No. 10.

Halle, Dienstag, den 24. October.

1848.

Inhalt: Deutsche Nationalversammlung. — Die Nationalversammlung in Berlin. — Die deutsche Post. — Konstitutioneller Verein des Saalkreises. — Sitzung des Konstit. Club zu Halle. — Anzeige.

## Deutsche Nationalversammlung.

Frankfurt, den 16. Octbr.

(Beschluß.)

Man trat inzwischen in Berathung über einen anderen Gegenstand der morgenden Tagesordnung. Es handelte sich um die Ertheilung der Erlaubniß zur Einleitung gerichtlicher Untersuchung gegen Zitz, Schlössel und Simon. Der Ausschußantrag empfahl die Ertheilung dieser Erlaubniß; die Sache lag so einfach; es fragte sich lediglich, ob die Gerechtigkeit ihren Lauf haben dürfe — man war sehr bald darüber einig, daß Seitens unsrer Partei dem Ausschußantrag unbedingt müßte beigestimmt werden. —

Noch in Debatte hierüber unterbricht uns die Ankunft einer neuen Deputation. Es sind unsre eignen Abgeordneten, die mit zwei Mitgliedern des Augsburger Hofes zurückkommen. Die Verhandlungen mit dieser Partei sind somit in unsre eigne Mitte hineinversetzt. Die Augsburger erklären, daß sie nicht gegen den Strom schwimmen wollen; sie sind aufgefordert, mit Einigen aus unsrer Mitte gemeinschaftlich einen vermittelnden Antrag zu formuliren. So geschieht es, und die bedrohte Majorität ist rekonstruirt.

Jetzt plötzlich erscheint der Reichsminister Schmerling unter uns. Er bittet um's Wort, um uns Aufklärungen über die Wiener Ereignisse, über die desfallsigen Maßregeln der Centralgewalt machen zu dürfen. Der Minister erzählt nun, wie der Abgeordnete Schilling von Wien, so eben von dort zurückkommend, ihm abenteuerliche Mittheilungen über das dort Vorgefallene überbracht habe. Glaubhaftere Nachrichten ließen keinen Zweifel daran, daß die Sympathien für die deutsche Sache nichts als der schmächtige Vorwand für eine ziellose, in ihren Folgen unberechenbare Revolution seien. Bei so vielem noch Unaufgeklärten sei das Eine jedenfalls klar, daß auch hier die Sache der Ordnung und Freiheit gegen die der Unordnung und der Anarchie ge-

schützt werden müsse. Das Herrschende in Wien sei die Barbarei: sie zu vernichten die erste Pflicht des Patrioten. Unter solchen Umständen habe das Ministerium nicht müßig bleiben können. Bei der Entfernung jedoch zwischen Frankfurt und Wien habe es unthunlich erscheinen müssen, durch Truppensendungen in die dortige Bewegung sogleich direkt einzugreifen. Man habe sich darauf beschränken müssen, zwei Commissäre mit ausgedehnter Vollmacht nach Wien zu senden. Welcker und Obrist Mosle haben diese Mission übernommen.

Aber noch hatte Schmerling seinen Vortrag nicht geendet; er war noch bei der Kritik der Schilling'schen Neuigkeiten — als ihn die Ankunft sehr seltener Gäste unterbrach. Es war Benedey mit noch einem Genossen. Sie kamen aus der Westendhall, dem Lokale der gemäßigten Linken. Es war nun wunderbar zu hören, wie uns diese Herren die Schilling'schen Berichte in dem gerade entgegengesetzten Sinne vortrugen, als kurz vorher der Minister. War es die Naivetät der Leichtgläubigkeit oder war es Parteimanöver: genug, nach der Darstellung dieser Herren wäre die letzte Wiener Bewegung eine durchaus nationale, wäre getragen durch die edelste und heldenmüthigste Begeisterung, wäre berechtigt durch die sinnloseste Reaktion von Seiten des Hofes. Wozu nun aber diese Erzählung, deren Unrichtigkeit und Widersprüche wir zum Theil schon kannten? — Die folgende Rede von Benedey klärte es auf. — Schon mehr als Einen s. g. dringlichen Antrag der Linken hatten wir abgewiesen. So dieser Tage einen ganzen Haufen solcher, die sich auf die Wiener Geschichten bezogen. Und mit Recht. Denn wer von uns kannte irgend genauer die Lage der Dinge? und auch wenn wir sie gekannt hätten, war nicht, wenn irgend etwas, so gewiß diese Angelegenheit zunächst der Sorge unsrer regierenden Behörde, der Sorge der Centralgewalt zu überlassen? — Nun aber hat man uns, als diejenige Partei, welche den Ausschlag gebe in der Paulskirche, einmal wenigstens es zuzugeben, daß zur Begründung der Dringlichkeit eines Antrags wegen der Wiener Ereignisse



das Wort gestattet werde. Dem Publikum gegenüber, stellte man uns vor, sei die beständige Abweisung der Dringlichkeit bei so wichtigen und scheinbar unabwieslichen Angelegenheiten, zum mindesten unverständlich.

Die Wichtigkeit dieser Vorstellungen konnte nicht ganz in Abrede gestellt werden. Die Meisten von uns waren einer, wie sie meinten, unschädlichen Concession an die Linke um so mehr geneigt, als diese niemals außer heute sich bittend an uns gewandt hatte. Man beschloß, nicht Benedey's etwas paradoxen, sondern einen verwandten, etwas mildereren von Zell in der Art zu unterstützen, daß zur Prüfung desselben eine besondere Commission gebildet werde. Es ist ein Resultat dieses in unsrer Partei geschlossenen Compromisses, wenn in den nächsten Tagen ein Antrag über „Wahrung des deutschen Interesse“ in der Ungarisch-österreichischen Angelegenheit gegen die bisher inne gehaltene Gewohnheit an einen Ausschuß überwiesen wird. Hier wie fast immer sind es die Sitzungen in den Klubs, die die Abstimmungen in der Paulskirche vorbereiten, und so wird es Entschuldigung finden, wenn ich, statt in eine öffentliche Sitzung der Nationalversammlung, meine Leser für diesmal in den Privatirkel einer Partei einführe.

R. Haym.

(Wird fortgesetzt.)

### Die Nationalversammlung in Berlin.

(Beschluß.)

Den Uebergang zur Mitte bildet die Partei, welche sich in Mielenz Hotel versammelt. Sie ist nicht eben stark und mag ungefähr 50 Teilnehmer haben, unter denen v. Berg, Robbertus, v. Kirchmann, Philipps, Schulze, Delitzsch, Bucher, Hildenhagen sich am meisten hervorthun. Man könnte auf manche dieser Leute anwenden, was Vinke mit Bezug auf die Schodersche Partei in Frankfurt sagt, sie kokettiren mit der Revolution, und wie von Herrmann gern dort Minister geworden wäre, so nimmt dies das Publikum auch von Robbertus an, der sein Cultusministerium nur aufgegeben, um durch die Collision des Auerwaldschen Ministeriums Conseilpräsident zu werden. Dennoch thut man glauben wir, ihnen Unrecht, wenn man ihr häufiges Zusammenstimmen mit der Linken allein und bei Allen auf Rechnung der Eitelkeit schreibt. Denn abgesehen davon, daß v. Kirchmanns Unparteilichkeit und Besonnenheit, sowie Buchers reines Interesse an der Sache auch von Deputirten entgegengesetzter Richtung gerühmt werden, so führen sie ihre Handlungsweise auf den Grund zurück, daß der Demokratie soweit als möglich Feld gegeben werden müsse, damit nicht binnen kurzer Zeit eine noch blutigere Revolution erfolge. Dies ist freilich ein Scheingrund. Soll das demokratische Princip völlig und schrankenlos ausgebildet werden, wie das die Linke anstrebt? Das will diese Partei nicht, und als ob sie vor ihren Consequenzen erschrecke — öfter vereitelt gerade sie, wie beim Bürgerwehrgesetze, oder der Frage über das Ver-

einbaren, durch Zusätze oder mildernde Amendements Beschlüsse, auf die die Linke großen Werth legen muß. Trotzdem wird sie, ihres unsichern Standpunktes wegen zur unfreiwilligen Handlangerin der Linken, und vielleicht würden sie, gerade wenn ihre Wünsche in Erfüllung gingen, eben so bald von jener erdrückt werden, wie einst in Paris die Gironde vom Berge.

Etwas anders verhält es sich mit der zweiten linken Mitte, die im Hotel de Russie zusammenkommt. Es wird oft gesagt, der politische Standpunkt der Partei Mielenz und dieser sei derselbe; nur persönliche Abneigung gegen jene Eiteln und Ehrgeizigen hätte Wachsmuth, Duncker, Rosch, v. Unruh, Harrassowicz, Moritz, Seidel (Saalkreis), Parisius u. s. w. dazu getrieben, eine abgeordnete Stellung in der Versammlung einzunehmen. Wir sind anderer Ansicht, obwohl wir auch diesem Grunde sein Recht lassen. Minder radical und besonnener als Jene haben sie zu rechter Zeit das Schwanken ihrer Stellung gefühlt, und der Linken den Dienst aufgesagt, ja wir sehen sie in letzter Zeit nicht selten im offenen Kampfe, mit der radicalen Seite. Sie stellen sich auf den Boden der Revolution, aber sie wollen Eins und das Andere aus der Vergangenheit in die Neuzeit mit hinübernehmen. Sie sahen die alte Regierung als völlig gebrochen und gestürzt an, aber sie wollen eine eben so starke auf den von ihnen beabsichtigten Unterlagen. Hätten sie dafür nur das Amt der Vermittelung zwischen den beiden entgegengesetzten Polen so übernommen, wie es sich ihnen von selbst bot! Hätten sie statt einer matten Revolution eine durchgreifende, selbst radicale Reform zu ihrer Devise, sie ständen sicherer und wären von größerem Einfluß. Wohl weiß von Unruh, als er in der Angelegenheit des Stein'schen Antrages sein Amendement anempfiehlt, selbstgefällig genug darauf hin, wie von den 40 Mitgliedern seiner Partei die Entscheidung abhängt, aber daß der Boden derselben nur um wenig fester ist, als der der Mielenzer, beweisen die Fehden und Abstimmungen in den Ablösungsfragen. Wie wäre es sonst möglich gewesen, daß sie, die noch dazu großen Theils Juristen sind, den Rechtspunkt so sehr aus dem Auge verloren? Sie hätten auf eine Ausgleichung der Interessen dringen müssen, und hätten demnach den bevorzugten Besitzern noch immer fast Alles nehmen können.

Von der Mitte zu den beiden Schattirungen der Rechten ist der Uebergang unvermittelt. Der kleinere Theil dieser Partei hält seine Zusammenkünfte im englischen Hause, zählt 30 Mitglieder, unter ihnen Bornemann, Harkort, Zachariae, und hat sich, wie es scheint, hauptsächlich äußerer Ursachen halber von der größeren Hälfte getrennt. In allen politischen Angelegenheiten stimmen beide Theile überein und zusammen, wie sie sich denn auch fortwährend über das in den Plenarsitzungen einzuschlagende Verfahren verständigen. Sie wollen demokratische Institutionen: ob auf den breitesten Grundlagen, ist wenigstens nicht von Allen bestimmt zu bejahen. Die Revolution ist ihnen abgethan und vorüber:



von nun ab tritt die Reform, also die auf rechtlchem und besonnenem Wege bewirkte Wandelung der politischen wie privaten Zustände ein. Reactionär ist wohl Niemand unter ihnen. Es würde ein falscher Schluß sein, wollte man daraus, daß die gesammte Rechte das Ende anarchischer Zustände und dieserhalb ein kräftiges Auftreten der Behörden wünscht, entnehmen, sie halte es um jeden Preis mit jedem Ministerium. Ein Blick auf die Abstimmungen in der Bergwerks- und Rübensteuerfrage lehrt das Gegentheil. Zu der größeren Fraktion der Rechten, die sich Abends in einem Hause der Behrensstraße zusammensindet, gehören circa 140 Deputirte, unter welchen v. Auerswald-Rosenberg (der Erminister des Innern), und v. Auerswald-Frankfurt (der Erministerpräsident), Grabow, Tamnau, Reichensperger, v. Brünnel, Milde, Walter und Bauerband von Bonn, Niemeyer, Hesse (Geh. Finanz-R.), Hartmann, v. Daniels, v. Neusebach, Baumstark hervortreten. Eine äußerste Rechte giebt es nicht: es müßte denn außer einigen Andern wegen seines Platzes im Saale Tamnau dahin gerechnet werden, der aber, gerade indem er bei der Abstimmung über den Steinischen Antrag ein milderndes Amendement einbrachte, gezeigt hat, daß er neben seiner Ueberzeugung und der Stellung des Ministeriums auch die Würde der Versammlung zu wahren weiß.

(Wird fortgesetzt.)

### Die deutsche Post.

Zu den Bedingungen der Verwirklichung der deutschen Einheit gehört unter andern auch die Errichtung einer allgemeinen deutschen Post. Denn eines Theils ist es ein Mißverhältniß, daß, nach dem in den Nachbarstaaten die Briefporto bedeutend herabgesetzt und in Deutschland namentlich von Preußen für alle Gegenstände des Verkehrs die Taren geringer gestellt sind, gerade die Correspondenz aus einem deutschen Lande ins andere theurer werden kann, als ein Brief nach dem fernsten Orte Sibiriens. Andernthails kann es an Irrungen und Verwirrungen der Taren nicht fehlen, da es höchst schwierig und zeitraubend ist, aus vier, fünf verschiedenen Taren augenblicklich für jeden besondern Fall das richtige Porto zu berechnen. Nachdem endlich den Abgeordneten der Nationalversammlung von der Thurn und Tarischen und Preussischen Postverwaltung Postfreiheit bewilligt und für die Preussischen Truppen, als sie in Schleswig-Holstein standen, eine Feldpost eingerichtet ist, welche die Correspondenz des Militärs unentgeltlich, resp. für die bekannten sehr niedrigen Sätze beförderte, kann es nicht fehlen, daß die Centralgewalt zunächst wenigstens für die preussischen Truppen, die auf ihren Befehl von einem Bundesstaat nach dem andern beordert werden, dieselbe Begünstigung der Post bewilligt, welche sie daheim zu genießen berechtigt sind. Oder sieht es nicht wie eine Ironie auf die deutsche Einheit aus, wenn z. B. unsere Preussischen Truppen in Baden für die oft sehr unbedeutenden Geldsendungen und Pakete, die sie an

ihre Angehörigen senden oder von diesen empfangen, ja wenn selbst die herrschaftlichen Militär-Verpflegungsgelder u. der abcommandirten Offiziere u. mit dem vollen tarifmäßigen Baierschen, Badischen oder Thurn und Tarischen Porto belastet werden? Obwohl die Postanstalten fühlen, daß hier billige Rücksichten zu nehmen sind, so können sie doch höchstens simple Briefe frei passieren lassen, Gelder und Pakete dürfen sie aber ohne höhere Anordnung, wenn sie nicht selbst später für Defekte einstehen wollen, nicht übersehen. Im Interesse unserer deutschen Krieger wünschten wir dringend, daß es der hohen deutschen Nationalversammlung gefallen möge, diese Angelegenheit in die Hand zu nehmen und allgemeine bestimmte Sätze für die Sendungen der auf dem Felde stehenden deutschen Bundesstruppen sofort feststellen zu lassen.

A. Baaz, Postsecretär.

### Konstitutioneller Verein des Saalkreises.

Beidersee, den 16. October. In der heute hier abgehaltenen Sitzung des konstitutionellen Vereins des Saalkreises wurde nach einer kurzen Besprechung über die Vorgänge bei der letzten Petersberger Volksversammlung und mehrerer formeller Angelegenheiten besonders die Nothwendigkeit der schnelligsten Beendigung des preussischen Verfassungswerkes zum Gegenstande der Discussion erhoben.

Von mehreren Seiten wurde dabei darauf aufmerksam gemacht, daß selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne Mängel noch stehen bleiben, diese schnelle Vollendung vorzuziehen sei, indem ja eine spätere Befestigung dieser erzielten Mängel durch Annahme der Verfassung nicht ausgeschlossen werde, das längere Fortbestehen des jetzigen Provisoriums aber jedenfalls die Freiheit und Gesetzmäßigkeit auf das Aeußerste gefährde. Besonders wurde hierbei auch der Bestrebungen des auf den 26. d. M. nach Berlin berufenen Demokratencongresses gedacht, dessen offen ausgesprochene Tendenz darauf ausgeht, anstatt der geleglich bestehenden Nationalversammlungen andere mit neuen und direkten Wahlen zu verlangen. Der Vorschlag, sich der bereits von Halle aus beschlossenen Adresse an die Nationalversammlung anzuschließen, fand jedoch darin Bedenken, daß diese Adresse bereits nach Berlin abgegangen, und man beschloß deshalb, eine eigene Adresse verabschaffen zu lassen, und in der Zuschrift an den Deputirten Seidel denselben noch besonders aufzufordern, den Ansichten der Adresse durch die Kraft der Rede möglichste Geltung zu verschaffen. — Einen weiteren Gegenstand der Besprechung bildeten die von der demokratischen Partei ausgehenden sogenannten Conduitenlisten und Mißtrauensvota. Allgemein erkannte man die völlige Worthlosigkeit dieser Demonstrationen an, indem man besonders hervorhob, wie diese mißbilligenden Erklärungen füglich eben so gut schon vor dem Beginn der Nationalversammlungen hätten abgefaßt werden können, da sie doch in der Regel nur von den Minoritäts-Parteien ausgingen, die schon von Hause aus sich der Wahl der betreffenden Deputirten widersetzt hätten. — Am Schlusse





kamen die Wiener Ereignisse und ihr Einfluß auf Deutschland, besonders auf Preußen zur Sprache. Ein kräftiges Einschreiten von Seiten der Frankfurter Centralgewalt zum Schutze des deutschen Elementes war es, was besonders in dieser schwierigen Angelegenheit gewünscht wurde.

W.

### Konstitutioneller Club zu Halle.

Sitzung vom 21. October.

Der Ordner eröffnete die Sitzung mit der Mittheilung eines Schreibens des Vaterländischen Vereins zu Braunschweig, in welchem dem hiesigen Club von der Bildung eines Braunschweigischen Landesvereins als einer Verbindung der konstitutionellen Vereine des Herzogthums Braunschweig Nachricht gegeben wird. — Prof. Burmeister gab hierauf eine schriftliche motivirte Erklärung zu Protokoll, in welcher er besonders mit Hinblick auf die jüngsten Worte des Königs die Gründe seiner Abstimmung gegen eine Feier des königlichen Geburtstages darlegte, da diese Abstimmung von mehreren Seiten Mißbilligung erfahren habe. Es heißt darin: „Meine Verpflichtungen als Beamter sind mit der Liebe und der Anhänglichkeit an die Person des Königs nicht zu verwechseln. Zur Liebe kann uns das Gesetz nicht zwingen, sie muß frei aus dem Herzen kommen, sie muß sich auf persönliche Zuneigung gründen, und eine solche geht mir ab. Ich bin der Ansicht, daß der König durch die Umstände gezwungen in Vieles gewilligt hat, was wir seit der Revolution am 18. März besitzen; daß er gewährte, was er gewähren mußte und was er als wahrhaft freisinniger Monarch längst hätte gewähren sollen; ja daß er nicht ohne Widerstreben in die neue Bahn einlenkte, welche wir betreten haben. In dieser Ansicht bestärken mich die Worte, welche der König an seinem Geburtstage den Deputirten der Nationalversammlung und dem Commandanten der Bürgerwehr geantwortet hat; ich finde darin nicht den Ausdruck einer wahrhaft konstitutionellen Gesinnung, sondern Remiscenzen einer Zeit, welche die Person des Königs mit dem Staate, dessen Oberhaupt er ist, zu identificiren sucht. Ich bin aus diesem Grunde noch jetzt der Ansicht, daß es die Pflicht des wahrhaft konstitutionell gesinnten Staatsbürgers ist, durch eine bewußte und entschiedene Haltung das konstitutionelle Prinzip der Krone und ihrem Repräsentanten gegenüber zu wahren, was sehr gut ohne alle Verletzung der Achtung und des Anstandes geschehen kann, auch durch die Gratulation der Nationalversammlung ohne eine geräuschvolle Feier geschehen ist; — und daß der konstitutionelle Bürger keinen Grund hat, eher für die Person des konstitutionellen Königs zu schwärmen, als bis er der Ueberzeugung lebt, daß auch vom Könige das konstitu-

tionelle Prinzip freudig ergriffen werde und er mit Liebe sich demselben hingebe.“ — Herr Gärtner nahm von dieser Erklärung Veranlassung, den Club überhaupt zu einer Besprechung über das Benehmen des Königs gegenüber der Deputation der Nationalversammlung und dem Commandanten der Berliner Bürgerwehr aufzufordern und einen Beschluß, resp. eine Erklärung an die Nationalversammlung über diese Angelegenheit abzugeben. Im Anschluß hieran gab der Ordner zunächst den in der Tagesordnung angekündigten ausführlichen Bericht über die Verhandlungen der Nationalversammlung bezüglich der Verfassung. Nachdem Herr Gärtner hierauf nochmals seinen Antrag motivirt, entspann sich eine längere Debatte, bei welcher Prof. Burmeister zuvörderst auf die doppelte Bedeutung des Ausdrucks „von Gottes Gnaden“ aufmerksam machte. Nehme man denselben als reinen Titel, so könne derselbe immer stehen bleiben; verbinde man dagegen damit einen tieferen Sinn, so müsse man sich gegen den Gebrauch desselben erklären. Herr Fuhs unterstützte den Gärtner'schen Antrag besonders mit Rücksicht auf das Verfahren des Clubs bei dem Stein'schen Antrag, und weil jedenfalls inconstitutionell gehandelt worden sei; wogegen Hr. G ö d e k e und Dr. C e f f e i n im entgegengesetzten Sinne sich erklären, indem theils eine eigentliche konstitutionelle Verfassung noch nicht vorhanden sei, theils man zu berücksichtigen habe, daß der König die Rede improvisirt. Dr. H a s e will eine Erklärung gegen das Ministerium, weil es seiner Stellung als konstitutionelles Ministerium, wie es sich doch selbst betrachte, nicht nachgekommen sei. Dr. N a s e m a n n und Hr. S t e n g e l, so wie Prof. Burmeister sprachen jedoch für Uebergehen zur Tagesordnung, welche auch schließlich mit Verwerfung der Gärtner- und Hase'schen Anträge angenommen wird. — Wegen angerückter Zeit und weil der Berichterstatter der Commission über die Gemeindeordnungen nicht zugegen war, wurde jedoch die Sitzung hierauf geschlossen.


Dr. Hase.

### Konstitutioneller Bürger-Verein.

Mittwoch den 23. October Abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr im Kühlenbrunnen.

#### Tagesordnung:

- 1) Vorstandswahl. Vertheilung der Gemeindeordnung.
- 2) Patrouillendienst durch die Bürgerwehr.
- 3) Gewerbefreiheit.
- 4) Gründung einer Anstalt zur Viefierung wohlfeiler Speisen.
- 5) Lotterie der Gewerbetreibenden.
- 6) Deutsche Militärpost.

 Ausnahmsweise wird bei dem heutigen Dienstagstück schon das Donnerstagstück mitausgegeben.



# Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentl. drei Mal,  
Dienstag, Donnerstag und  
Sonntags. Bestellungen  
nehmen alle Buchhandlungen  
u. Postanstalten an. Prænum.

Herausgegeben

von

Dr. Hase, J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Preis für Halle 7½ Sgr.  
für's Vierteljahr; bei den  
Postanstalten und in Buch-  
handel 10 Sgr.

Neue Folge No. 10.

Halle, Dienstag, den 24. October.

1848.

Inhalt: Deutsche Nationalversammlung. — Die Nationalversammlung in Berlin. — Die deutsche Post. — Konstitutioneller Verein des Saalkreises. — Sitzung des Konstit. Club zu Halle. — Anzeige.

## Deutsche Nationalversammlung.

Frankfurt, den 16. Octbr.

(Beschluß.)

Man trat inzwischen in Berathung über einen anderen Gegenstand der morgenden Tagesordnung. Es handelte sich um die Ertheilung der Erlaubniß zur Einleitung gerichtlicher Untersuchung gegen Jitz, Schlössel und Simon. Der Ausschusßantrag empfiehlt die Ertheilung dieser Erlaubniß; die Sache lag so einfach; es fragte sich lediglich, ob die Gerechtigkeit ihren Lauf haben dürfe — man war sehr bald darüber einig, daß Seitens unsrer Partei dem Ausschusßantrag unbedingt müsse beigegeben werden. —

Noch in Debatte hierüber unterbricht uns die Ankunft einer neuen Deputation. Es sind unsre eignen Abgeordneten, die mit zwei Mitgliedern des Augsburger Hofs zurückkommen. Die Verhandlungen mit dieser Partei sind somit in unsre eigne Mitte hineinversetzt. Die Augsburger erklären, daß sie nicht gegen den Strom schwimmen wollen; sie sind aufgefordert, mit Einigen aus unsrer Mitte gemeinschaftlich einen vermittelnden Antrag zu formuliren. So geschieht es, und die bedrohte Majorität ist rekonstruirt.

Jetzt plötzlich erscheint der Reichsminister Schmerling unter uns. Er bittet um's Wort, um uns Aufklärungen über die Wiener Ereignisse, über die desfallsigen Maßregeln der Centralgewalt machen zu dürfen. Der Minister erzählt nun, wie der Abgeordnete Schilling von Wien, so eben von dort zurückkommend, ihm abenteuerliche Mittheilungen über das dort Vorgefallene überbracht habe. Glaubhaftere Nachrichten ließen keinen Zweifel daran, daß die Sympathien für die deutsche Sache nichts als der schwächliche Vorwand für eine ziellose, in ihren Folgen unberechenbare Revolution seien. Bei so vielem noch Unaufgeklärten sei das Eine jedenfalls klar, daß auch hier die Sache der Ordnung und Freiheit gegen die der Unordnung und der Anarchie ge-

schützt werden müsse. Das Herrschende in Wien sei die Barbarei: sie zu vernichten die erste Pflicht des Patrioten. Unter solchen Umständen habe das Ministerium nicht müßig bleiben können. Bei der Entfernung jedoch zwischen Frankfurt und Wien habe es unthunlich erscheinen müssen, durch Truppensendungen in die dortige Bewegung so gleich direkt einzugreifen. Man habe sich darauf beschränken müssen, zwei Commissäre mit ausgedehnter Vollmacht nach Wien zu senden. Welcker und Obrist Mosle haben diese Mission übernommen.

Aber noch hatte Schmerling seinen Vortrag nicht geendet; er war noch bei der Kritik der Schilling'schen Neuigkeiten — als ihn die Ankunft sehr seltener Gäste unterbrach. Es war Benedey mit noch einem Genossen. Sie kamen aus der Westendhall, dem Lokale der gemäßigten Linken. Es war nun wunderbar zu hören, wie uns diese Herren die Schilling'schen Berichte in dem gerade entgegengesetzten Sinne der Minister. War es die Feit oder war es Parteimanifestation dieser Herren wäre eine durchaus nationale, feste und heldenmüthigste Bewegung durch die sinnloseste Reaktion. Wozu nun aber diese Erzählungen? Widersprüche wir zum Thut folgende Rede von Benedey mehr als Einen s. g. dringten wir abgewiesen. So dürfen solcher, die sich auf die Und mit Recht. Denn wenn nauer die Lage der Dinge? kannnt hätten, war nicht, n diese Angelegenheit zunächst den Behörde, der Sorge d sen? — Nun aber hat m welche den Ausschlag gebe wenigstens es zuzugeben, Dringlichkeit eines Antrags

